



ALOIS STÖGER
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien
Tel: +43 1 711 00 – 0
Fax: +43 1 711 00 – 2156
alois.stoeger@sozialministerium.at
www.sozialministerium.at
DVR: 0017001

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

GZ: BMASK-431.004/0107-VI/2016

Wien, 01.07.2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 9361 /J des Abgeordneten Doppler u.a.** wie folgt:

Fragen 1 und 2:

Natürlich ist jede/r Arbeitslose/r eine/r zu viel!

Die differenzierte Entwicklung - steigende Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig steigender Beschäftigung - ist vor allem auf die zögerliche Wirtschaftsentwicklung bei stark wachsendem Arbeitskräftepotenzial zurückzuführen.

Wie schon mein Vorgänger unternehme ich im Rahmen meiner Zuständigkeit alles Mögliche, um die Arbeitslosigkeit zu senken. In den letzten Jahren wurden bereits deutliche Akzente in der Ausbildung von Jugendlichen sowie bei der Erhöhung der Beschäftigungsquote von Älteren gesetzt.

Die im neuen Finanzrahmen erhöhten Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik werde ich sinnvoll und zielgerichtet einsetzen, um in Problembereichen bzw. für benachteiligte Gruppen Verbesserungen zu erreichen.

Da die Arbeitsmarktpolitik ohne nachhaltige Belebung der Konjunktur jedoch an ihre Grenzen stößt, bedarf es weiterer beschäftigungspolitischer Instrumente, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu erhöhen - wie etwa Investitionen in Infrastruktur, arbeitszeitpolitische Maßnahmen oder steuerliche Entlastungen.

Letzte Berechnungen des WIFO zeigen eine allmähliche Erholung der Konjunkturentwicklung im 1. Quartal 2016 - sowohl die Konsumausgaben als auch die Investitionsnachfrage lieferten

einen positiven Wachstumsbeitrag. Gerade der gestiegene private Konsum zeigt, dass die mit Jahresbeginn umgesetzte Steuerreform bereits einen positiven Einfluss auf die Ausgabenbereitschaft hat.

Herr Bundeskanzler Mag. Christian Kern will mit einem „New Deal“ die Investitionsbereitschaft weiter stärken und künftig private und öffentliche Investitionen besser vernetzen. Dabei werde ich ihn in meinem Zuständigkeitsbereich für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik bestmöglich unterstützen.

Fragen 3:

Die unselbständige wie selbständige Beschäftigung steigt in Österreich seit 2015 deutlich an. Gleichzeitig erhöht sich das Arbeitskräfteangebot durch veränderte Pensionszugangsregelungen und Zuwanderung zusätzlich.

Mit höherer Erwerbsbeteiligung nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass mehr Personen häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Im Falle von älteren Personen kommt hinzu, dass im Falle eines Jobverlusts der Zeitraum bis zur nächsten Arbeitsaufnahme im Durchschnitt länger dauert als bei jüngeren Personen. Wenn Arbeitslosigkeit eintritt, kann es für Zugehörige dieser Gruppe und für gering qualifizierte Arbeitssuchende schwierig werden, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Der Erfolg der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist vor dem Hintergrund dieser Erhöhung des Arbeitskräftepotentials und des geringen Wirtschaftswachstums (BIP-Wachstum 2015 in Höhe von real 0,9%) zu beurteilen. Das Wirtschaftswachstum fiel geringer aus, als noch Anfang 2014 angenommen. Ein Wirtschaftswachstum in dieser Größenordnung - so die Erfahrung der letzten 60 Jahre - reicht ohne einschneidende Arbeitszeitverkürzungsschritte oder andere Formen der Reduktion des Arbeitskräfteangebots nicht aus, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, da ja gleichzeitig auch die Arbeitsproduktivität ansteigt. Die klassischen Instrumente der aktiven und aktivierenden Arbeitsmarktpolitik - wie die Höherqualifizierung von Arbeitssuchenden, die gezielte Arbeitsvermittlung und temporäre Lohnzuschüsse für die Einstellung von Arbeitslosen - alleine konnten in diesem Umfeld nicht verhindern, dass die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt angestiegen ist.

Frage 4:

Die Zahl der dem Arbeitsmarktservice (AMS) gemeldeten offenen Stellen steigt in den letzten Monaten erfreulicherweise an; dies ist ein weiterer Hinweis auf eine gewisse Konjunkturerholung.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2016 wurden dem AMS knapp 50% mehr sofort verfügbare offene Stellen (ohne Lehrstellen) gemeldet als im Vergleichszeitraum des Vorjahres! Hier ist anzumerken, dass nicht nur der Zugang der offenen Stellen gestiegen ist, sondern

dass auch die Zahl der erfolgreichen Besetzungen dieser Stellen durch das AMS um knapp +10% zugenommen hat.

Der Zuwachs bei den offenen Stellen ist hinsichtlich des für die Besetzung geforderten Qualifikations- und Ausbildungsniveau unterschiedlich stark ausgefallen. Während der Zuwachs bei den AMS-Stellen mit einem erforderlichen höheren oder akademischen Ausbildungsniveau bei rund +80% lag, fiel der Zuwachs bei Stellen, für deren Besetzung maximal Pflichtschulabschluss gefordert wurde, mit rund +44% nur halb so hoch aus.

Es kann somit von einer gewissen strukturellen Diskrepanz zwischen den beruflichen und qualifikatorischen Anforderungen der gemeldeten offenen Stellen und dem Profil der Kenntnisse und Ausbildungen der beim AMS gemeldeten Arbeitssuchenden gesprochen werden. Ende Mai 2016 hatten rund 46% aller registrierten Arbeitslosen ein Ausbildungsniveau, das nicht über einen Pflichtschulabschluss hinausreichte.

Frage 5:

Die aktive Arbeitsmarktpolitik leistet einen wichtigen Beitrag, die Qualifikation von Arbeitssuchenden durch gezielte Aufschulungen an die beruflichen Anforderungen heranzuführen; im Falle von längerer Arbeitslosigkeit unterstützt sie durch zeitlich befristete Lohnzuschüsse oder durch Beschäftigungsprojekte die Gewinnung von Arbeitserfahrung bzw. die Arbeitsaufnahme. Im Falle von Jugendlichen ermöglicht die überbetriebliche Lehrausbildung die berufliche Qualifikation dort, wo keine betriebliche Lehrstelle zur Verfügung steht.

Qualifizierung ist ein Schlüssel für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum. Ganz in diesem Sinne hat die Bundesregierung die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre nun im Ministerrat beschlossen und im Parlament eingebracht. Wer keinen Pflichtschulabschluss hat, ist dreimal häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen und wird viermal häufiger eine Tätigkeit als Hilfsarbeiter/in ausüben als Arbeitssuchende mit Pflichtschulabschluss. Mit dem neuen Gesetz wollen wir sicherstellen, dass sich die Jugendlichen mit entsprechenden passenden Unterstützungsangeboten nicht aus dem Bildungs- und Ausbildungssystem zurückziehen, auch wenn es temporäre Unterbrechungen und Umorientierungen gibt.

Mir ist es gemeinsam mit der gesamten Bundesregierung gelungen, die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik bis 2020 weiter aufzustocken. Davon werden insbesondere auch die Älteren unter den beim AMS vorgemerkten Arbeitssuchenden profitieren. Zudem setzte ich mich nachdrücklich dafür ein, den Personalstand im Arbeitsmarktservice zu erhöhen, um angesichts der starken Zunahme der Zahl der AMS-Kund/inn/en einen für eine rasche, zielgenaue und nachhaltige Vermittlung erforderlichen Betreuungsschlüssel zu gewährleisten.

Weil aber einer gesamtökonomisch zu geringen Arbeitsnachfrage nicht mit Arbeitsmarktpolitik alleine begegnet werden kann, setze ich mich in der Bundesregierung auch für wachstumsfördernde Initiativen, etwa durch mehr Investitionen in Infrastruktur und Ausbildung, ein.

Nicht zuletzt geht es mir auch und immer wieder um eine faire Verteilung von Arbeit. Hierzu möchte ich eine intensive Diskussion anregen, denn wir müssen uns rechtzeitig auf

die zukünftige Arbeitswelt vorbereiten, die von noch mehr Technologisierung, Automatisierung und noch höherer Produktivität gekennzeichnet sein wird. Es ist weder ein wirtschaftlich sinnvoller, noch sozialpolitisch erstrebenswerter Zustand, dass ein Teil der Arbeitneh-

mer/innen mit überlangen Arbeitszeiten und teilweise unbezahlten Überstunden konfrontiert ist, während ein anderer Teil sich lange um einen existenzsichernden Arbeitsplatz bemühen muss und damit von sozialer Teilhabe ausgeschlossen bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

Alois Stöger

